Antrag öffentlich	Datum 21.08.2008	Nummer A0171/08

Absender **DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat**
Adressat Vorsitzender des Stadtrates Herrn Ansorge

Gremium	Sitzungstermin
Stadtrat	04.09.2008

Kurztitel Schlussfolgerungen aus einem Arbeitsunfall im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen an einer Schule

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Auswertung des tragischen Arbeitsunfalls auf der Baustelle für das künftige Werner-von-Siemens-Gymnasium in der Stendaler Straße zum einen prüfen zu lassen,

> ob und welche Möglichkeiten es gibt, jene/s Unternehmen bzw. deren Mitarbeiter in Verantwortung zu nehmen, das/die in der Mitte der 90er Jahre die vor dem jetzigen Umbau vorhandenen Zwischendecken eingebracht haben und zum anderen,
>
> ob auch auf anderen kommunalen Baustellen der Stadt aus den 90er Jahren (Schulen, Kinder-, Jugend- und Kultureinrichtungen) möglicherweise die nicht ordnungsgemäße Ausführung von Baumaßnahmen zu nachträglichen Sicherungsmaßnahmen oder sogar kompletter Veränderung führen muss. Darüber hinaus wäre zu prüfen,
>
> ob die jeweiligen Projektverantwortlichen ihre Verantwortung vollumfänglich wahrgenommen haben.

Begründung:
Die Stadt trägt mit ihren Sanierungs-, Instandhaltungs- und Werterhaltungsmaßnahmen an Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen immer eine große Verantwortung – ist doch das Leben, die Gesundheit, die Sicherheit der in diesen Häusern ständig ein und aus gehenden Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen stets zu gewährleisten.
Dass die solche Baumaßnahmen ausführenden Unternehmen dies auch so sehen, war bisher meine Denkweise.
Aber -
lt. Presseinformationen soll in der Mitte der 90er Jahre ein falsches Trockenbausystem zur Befestigung der Deckenplatten gewählt und zusätzlich auch nicht korrekt installiert worden sein. Dies beim Abbau nicht wissend, soll zu dem tragischen Unfall geführt haben.

In den 90er Jahren wurden mehrere kommunale Einrichtungen „erneuert“. Es muss m. E. geprüft werden, an welchen Einrichtungen das/die betreffende/n damalige/n Unternehmen beteiligt waren, ob an den anderen Gebäuden alles ordnungsgemäß erfolgte, … Möglicherweise ist / sind künftig diese/s Unternehmen von städtischen Aufträgen auszuschließen.

So tragisch der Unfall mit den Bauarbeitern war – was wäre gewesen, wenn Kinder, Jugendliche, Lehrer zu Schaden gekommen wären?

Eine lückenlose Aufklärung ist erforderlich, evtl. auch unter Mitarbeitern in der Stadtverwaltung. Für jede größere Baumaßnahme gibt es Verantwortliche, manchmal aus der Stadtverwaltung, manchmal „eingekauft“ als Projektsteuerer oder Projektbetreuer. Sind hier nachträglich Säumnisse bei der Kontrolle feststellbar?

Den Verunfallten und ihren Familien gilt mein Mitgefühl. So etwas darf sich nicht wiederholen. Darum ist auch die Stadt selbst zur Aufklärung verpflichtet.

Regina Frömert